

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses  
am Mittwoch, dem 16.06.2021, im Großen Ausschussszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:40 Uhr**

		Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2.	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2020	<b>166/2021</b> <b>5</b>
3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020	<b>167/2021</b> <b>7</b>
4.	Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO	<b>118/2021</b> <b>8</b>
5.	Bericht zur Haushaltssituation 2021 mit Ausblick	<b>168/2021</b> <b>9</b>

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**Anlagen:**

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2: Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2020
- Anlage 2 Präsentation zu TOP 5: Bericht zur Haushaltssituation 2021 mit Ausblick
- Anlage 3 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung an Verbände und Vereine und die schriftliche Beantwortung der Verwaltung

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Heinrich	
Geiger, Andrea	Vertretung für Herrn Buschkamp
Gutsche, Guido	
Hugenroth, Bernhard	
Kaup, Winfried	
Kleene-Erke, Andrea	
Kleibolde, Bernhard	
Kocker, Dennis	
Kreft, Peter	
Möllmann, Rolf	
Multermann, Joachim	
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Menke
Ostermann, Norbert	
Schulte, Stephan	
Schulze Westhoff, Stephan	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
Wamba, Gilbert	Vertretung für Herrn Koch
<b>von der Verwaltung</b>	
Bücker, Daniela	
Funke, Stefan, Dr.	
Kleier, Ulrike	
Knoche, Fabienne	
Nachtigäller, Laura	

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Buschkamp, Franz-Josef	Vertretung durch Frau Geiger
Koch, Karsten	Vertretung durch Herrn Wamba
Menke, Hans-Ulrich	Vertretung durch Frau Nienkemper

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 02.06.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

**2. Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2020****166/2021**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die vor der Sitzung in der Mandatos-App hochgeladen worden ist und den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt sowie als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt ist, detailliert über den vorläufigen Jahresabschluss 2020.

Dabei macht er deutlich, dass der Jahresabschluss 2020 ein positives Ergebnis i. H. v. 8,2 Mio. € gegenüber dem geplanten Defizit (-4,0 Mio. €) im Haushaltsplan 2020 beinhaltet, das bereits zum Großteil im Rahmen des Finanzstatusberichts 10/2020 prognostiziert worden ist (Prognose Jahresergebnis 2020 +7,81 Mio. €).

Diese Verbesserungen seien vor allem im Bereich des Jobcenters durch geringere Transferaufwendungen und durch höhere KdU-Erstattungen durch den Bund sowie im Bereich des Sozialamtes (Hilfe zum Lebensunterhalt) durch geringere Transferaufwendungen entstanden. Zusätzlich führen Mehrerträge im Bereich des Sozialamtes (u.a. bei Kostenerstattungen), Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und höhere Zuwendungen zu weiteren Verbesserungen.

Den oben genannten Verbesserungen stehen allerdings auch Verschlechterungen gegenüber, stellt Herr Dr. Funke heraus. Aufzuführen ist hier die Verschlechterung im Jugendamtsbudget bei den Transferaufwendungen und bei den Elternbeiträgen. Des Weiteren kommt es zu Verschlechterungen bei den Kostenerstattungen im Bereich des Jobcenters.

Im Personalbudget zeichnen sich sowohl höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen als auch höhere Erträge ab. Hohe Belastungen resultieren im Wesentlichen aus Zuführungen zu den Beihilferückstellungen i. H. v. 1,5 Mio. € -aufgrund des Basiswertes und des Sicherheitszuschlages für künftige Entwicklungen. Im Saldo verschlechtert sich das Budget um rd. 1,645 Mio. €.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2020 sehe die Zuführung des gesamten Jahresüberschusses i. H. v. rd. 8,21 Mio. € in die Ausgleichsrücklage vor. Der mögliche Bestand der Ausgleichsrücklage würde zum 31.12.2021 dann rd. 18,54 Mio. € betragen. Herr Dr. Funke stellt heraus, wie wichtig dieser Puffer für künftige Jahresabschlüsse und Haushalte sei, insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Corona-Krise.

Außerdem weist Herr Dr. Funke auf die Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage durch eine Wertzuschreibung der RWE-Aktien hin. Hier sei vorgesehen, eine Zuschreibung des Aktienwertes von 22,00 € auf 28,00 € / pro Aktie vorzunehmen. Die Allgemeine Rücklage würde sich durch diese Wertzuschreibung um rd. 3,8 Mio. € auf rd. 20,17 Mio. € erhöhen. Im Jahresabschluss 2019 wurde die Allgemeine Rücklage durch die Wertberichtigung RWE bereits um 2,12 Mio. € erhöht (Erhöhung aufgrund der Zuschreibung bisher insgesamt rd. 5,93 Mio. €) ergänzt Herr Dr. Funke.

Des Weiteren werden hohe investive Übertragungen in das Jahr 2021 insbesondere für Baumaßnahmen vorgenommen, berichtet Herr Dr. Funke. Insgesamt werden rd. 21,1 Mio. € (Vorjahr: rd. 17,8 Mio. €) investiv übertragen. Es wurde bereits im Rahmen der Haushaltsplanung 2021 auf die hohen Summen der Übertragungen reagiert

und Ansätze angepasst. Dieses Vorgehen werde bei der Haushaltsplanung 2022 fortgeführt.

Herr Dr. Funke berichtet über weitere Einzahlungen in die Vermögensanlagen für spätere Pensionszahlungen. Dabei weist er darauf hin, dass die Ausgleichsverpflichtung der Wertsicherungsanlage am 17.02.2022 endet. Der Vermögensverwaltungsvertrag mit der DZ-Privatbank werde aber fortgesetzt.

Abschließend geht Herr Dr. Funke auf den Schuldenabbau in 2020 ein. Im Jahr 2020 wurden Schulden i. H. v. rd. 6,6 Mio. € getilgt. Somit lag der Schuldenstand zum 31.12.2020 bei rd. 6,1 Mio. €. Neben den planmäßigen Tilgungen wurden Kredite vorzeitig abgelöst (Kreistagsbeschluss vom 20.03.2020 Vorlage Nr. 032/2020).

Des Weiteren sei die Vorsorge im Sinne der nachhaltigen Finanzstrategie ohne zusätzliche Belastung der kreisangehörigen Kommunen umgesetzt worden. Durch den Jahresüberschuss 2020 sei eine wichtige Entlastung der Kreisumlage für 2021 und 2022 geschaffen worden.

Herr Möllmann, Herr Schulze-Westhoff sowie Herr Kocker betonen die Bedeutung der Stärkung des Pensionsfonds. Des Weiteren werden die Rücksichtnahme auf die kreisangehörigen Kommunen sowie der Schuldenabbau positiv hervorgehoben.

Ferner weist Herr Kocker auf die hohen investiven Übertragungen hin.

Auf Nachfrage von Herrn Schulte berichtet Herr Dr. Funke, dass der Kreis Warendorf für Strafzinsen im Haushaltsplan 2021 einen Betrag i. H. v. 50 T€ eingeplant hat.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

<b>3.</b>	<b>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020</b>	<b>167/2021</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet, dass sich im Jahresabschluss 2020 über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen zeigen, die dem Kreistag gemäß § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Die Einzelfälle ergeben sich aus der Zusammenstellung (siehe Anlage 1 der Vorlage).

**Beschlussvorschlag:**

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen (18 Ja)

<b>4.</b>	<b>Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO</b>	<b>118/2021</b>
-----------	--	-----------------

Frau Kleier erläutert, dass durch das erste NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) unter anderem auch § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) und somit die darin enthaltenen Regelungen zu Ermächtigungsübertragungen geändert worden sind. Im Zuge einer weiteren Aktualisierung sei das Haushaltsrecht nochmals überarbeitet worden. Aus der Gemeindehaushaltsverordnung wurde die Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO). Die Regelung des § 22 sei jedoch nicht geändert worden.

Ein neuer Regelungsentwurf sowie eine Synopse zur Gegenüberstellung der Änderungen sind in der Anlage der Vorlage zu finden, ergänzt Frau Kleier.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der im Entwurf beiliegenden überarbeiteten Regelung über Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen (18 Ja)



**5. Bericht zur Haushaltssituation 2021 mit Ausblick****168/2021**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die vor der Sitzung in der Mandatos-App hochgeladen worden ist und den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt sowie als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt ist, auf die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.05.2021 ein und stellt die wesentlichen prognostizierten Veränderungen dar.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einer negativen Abweichung vom geplanten Jahresergebnis i. H. v. 415 T€. Dabei sind die Bereiche des Jugendamtes und des Jobcenters sowie die Verkehrsbußgeldstelle und das Kommunale Integrationszentrum die zentralen Punkte, auf die Herr Dr. Funke detailliert eingeht.

Des Weiteren erläutert Herr Dr. Funke die wesentlichen Corona bedingten Sachkosten und Ertragseinbußen zum aktuellen Zeitpunkt (Bericht gem. § 2 Abs. 2 NKF-CIG).

Abschließend berichtet Herr Dr. Funke über die ÖPNV-Rettungsschirme 2020 und 2021 und gibt einen Ausblick für das Jahr 2022 im Hinblick auf Bund und Land sowie den Kreishaushalt. Hier geht Herr Dr. Funke unter anderem auf besondere Kostensteigerungen für die Kreisverwaltung ein und weist auf die tendenziell steigenden Preise – insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsplanung 2022 – hin.

Frau Kleene-Erke, Herr Gutsche und Frau Nienkemper heben die schwierige Ausgangslage für das Jahr 2022 hervor. Herr Gutsche greift zusätzlich den Soziallastenansatz im kommunalen Finanzausgleich mit Umverteilung in den kreisfreien Raum auf. Es sei wichtig, gemeinsam gegen diese Umverteilung vorzugehen. Daher äußert Herr Gutsche, dass über die Umverteilung in den kreisfreien Raum in der Sitzung des Finanzausschusses am 24.09.2021 berichtet werden soll. Ergänzend betont Herr Dr. Funke die Bedeutung der Hebesatzstaffelung der Gewerbesteuer für den ländlichen Raum.

Im Hinblick auf die im Finanzstatusbericht dargestellte Verschlechterung im Produkt 060410 „Außerfamiliäre Hilfsformen“ i. H. v. 590 T€ durch die Erhöhung der Pauschalbeiträge im Bereich Vollzeitpflege, erläutert Herr Dr. Funke auf Nachfrage von Herrn Thiel die Kosten der Heimunterbringung im Vergleich zu den Kosten für die Unterbringung bei Pflegefamilien. Nähere Details stehen im Haushaltsplan 2021 auf der Seite 327 im Produkt 060410 „Außerfamiliäre Hilfsformen“, ergänzt Herr Dr. Funke.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Im Anschluss geht Frau Kleier auf die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Förderungen an Verbände und Vereine ein. Die Antworten sind der Niederschrift beigelegt (Anlage 3).

Außerdem beantwortet Frau Kleier die Anfrage der FWG- Kreistagsfraktion zu einer Investition eines schmalspurigen Geräteträgers aus der im Bauausschuss am 08.06.2021 behandelten Vorlage Nr. 140/2021.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 11:40 Uhr die Sitzung.

Andrea Kleene-Erke  
Vorsitzende

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer